

08.02.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Lebensader A45 durchtrennt – Menschen, Wirtschaft und Kommunen in Südwestfalen brauchen verlässliche Hilfen!

I. Ausgangslage

Der 2. Dezember 2021 bedeutet einen massiven Einschnitt für die Industrieregion Südwestfalen. Mit der Vollsperrung der Rahmedetalbrücke in Lüdenscheid wurde von jetzt auf gleich die Lebensader der Region und eine der bedeutendsten Nord-Süd-Achsen Deutschlands durchtrennt. Als Grund für die unmittelbare Sperrung hat die Autobahn GmbH des Bundes mitgeteilt, dass bei Untersuchungen Verformungen an Bauteilen festgestellt wurden, welche die Standicherheit beeinträchtigen. In Folge weiterer Untersuchungen steht zwischenzeitlich fest, dass nie wieder ein Fahrzeug über die Brücke fahren wird und ein Neubau notwendig ist. Die Planungen zum Abriss und Neubau haben zwischenzeitlich begonnen bzw. werden vorangetrieben. Jedoch ist bislang unklar, wie lange es dauern wird, bis eine neue Brücke in Betrieb genommen wird. Daher wird die ganze Region noch geraume Zeit unter den Auswirkungen leiden.

Die Folgen der Brückensperrung auf der A45 sind gerade in Lüdenscheid und den umliegenden Städten und Gemeinden besonders zu spüren. Mehr als 65.000 Fahrzeuge täglich haben die Brücke passiert, davon rund 13.500 Lastkraftwagen. Große Teile des Verkehrs haben sich von der Autobahn in die Städte und Gemeinden und damit sprichwörtlich in die Vorgärten der Menschen verlagert. Anwohnerinnen und Anwohner der Ausweichstrecken müssen rund um die Uhr, 24/7, mit dem zusätzlichen PKW- und Schwerlastverkehr leben. Immer wieder verirren sich Lastkraftwagen in Wohngebiete und walzen teils Vorgärten und Zäune platt.

Trotz eingerichteter Umleitungen sind immer noch rund 20.000 Fahrzeuge mehr als üblich in Lüdenscheid und den Nachbarkommunen unterwegs und sorgen für Staus, Schäden und zusätzliche Gefahren. Lärm, Schmutz und Vibrationen, aber auch Schadstoffemissionen machen das Leben für die Menschen gerade an den Umleitungs- und Ausweichstraßen unerträglich. Auch Fußgängerinnen und -gänger, ebenso wie Radfahrerinnen und Radfahrer müssen sich mit größter Vorsicht durch die Stadt bewegen. Gleichermäßen ist für viele Schul- und Kitakin-der der Schulweg zu einem gefährlichen Wagnis geworden. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

Südwestfalen ist die stärkste Industrieregion in Nordrhein-Westfalen, weshalb die heimische Wirtschaft ebenfalls massiv unter der Vollsperrung leidet. Viele der Industrieunternehmen sind auf die A45 als Verkehrsweg angewiesen, weshalb die Lieferketten nun dramatisch belastet sind. Die Verzögerungen für die dringend notwendigen Quell- und Zielverkehre treffen die Unternehmen massiv und sind teils jetzt schon existenzbedrohend. Es gibt bereits Berichte über Unternehmen, die eine Abwanderung in andere Regionen in Erwägung ziehen. Dabei spielt

Datum des Originals: 08.02.2022/Ausgegeben: 08.02.2022

auch der zunehmende Fachkräftemangel eine Rolle, denn einpendelnde Beschäftigte stehen ebenfalls sehr lange im Stau und müssen dramatisch gestiegene Anfahrtszeiten erdulden. So manche Beschäftigte schauen sich daher schon jetzt nach anderen Arbeitsstellen um. Dies gilt aber nicht für die Unternehmen. Diese Tendenzen sind auch bereits in anderen Berufsgruppen wie Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern und auch Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen zu spüren.

Ebenfalls betroffen sind heimische Unternehmen im Einzelhandel und der Gastronomie wie beispielsweise der Pizzalieferservice oder der Dönerimbiss, welche durch den dramatisch zunehmenden Verkehr die Folgen hautnah zu spüren bekommen. Denn so manche Kunden bleiben weg und entsprechend brechen Umsätze ein, wenn der Weg der Kundinnen und Kunden von vielleicht fünf Minuten zu einer bis zu eineinhalbstündigen Odyssee wird.

Auch die Städte und Gemeinden in der Region sind sehr stark betroffen. Die örtlichen Straßen, vielfach ohnehin in einem sanierungsbedürftigen Zustand, werden nun dramatisch mehr belastet und beschädigt. Mit der belastenden Situation für die heimische Wirtschaft drohen zudem gravierende Steuerausfälle. Aber auch die weitere Infrastruktur wird in Mitleidenschaft gezogen. Ebenso muss die Daseinsvorsorge in den Blick genommen werden. Besonders bei den Hilfs- und Rettungsdiensten wie zum Beispiel bei Feuerwehr und Polizei muss eine angemessene Versorgung der Menschen in der Region gewährleistet sein, denn auch diese standen gerade zu Beginn der Vollsperrung ebenfalls im Stau. Zudem fehlt es noch immer an einer zentralen Anlaufstelle für Anwohnerinnen und Anwohner, die Wirtschaft und auch die Kommunen.

Darüber hinaus muss der Nahverkehr in der Region in den Blick genommen werden. Die Volmetalbahn (RB52) kann seit den verheerenden Unwettern im Juli 2021 auf dem Teilstück bis Lüdenscheid nicht fahren, die Instandsetzung dauert noch an. Auch der örtliche Busverkehr ist durch die zusätzlichen Verkehrsmassen beeinträchtigt.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die massiv gestiegenen Emissionen in den betroffenen Kommunen aufgrund der dramatisch gestiegenen Fahrzeugaufkommens sind ein unhaltbarer Zustand.
- Sowohl kommunale Infrastruktur als auch das Eigentum vieler Privatpersonen werden durch den zusätzlichen Verkehr stark in Mitleidenschaft gezogen.
- Die Verkehrssicherheit gerade auch für Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer sowie für Kinder und Jugendliche ist massiv beeinträchtigt.
- Die regionale Wirtschaft leidet massiv unter der durchtrennten Lebensader A45.
- Die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung droht beeinträchtigt zu werden. So können Einsatz- und Rettungskräfte wie beispielsweise die Feuerwehr teils staubedingt bei den Ausrückzeiten beeinträchtigt werden.
- SPNV und ÖPNV können einen Beitrag zur verkehrlichen Entlastung leisten.
- Der zusätzliche Verkehr von rund 20.000 zusätzlichen Fahrzeugen am Tag muss weitgehend aus der Region ferngehalten werden.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- konkrete Unterstützung und finanzielle Hilfen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Ausweichstrecken bei Lärmschutzmaßnahmen zu ermöglichen.
- die betroffenen Unternehmen und Gewerbetreibenden in der Region zu unterstützen.
- Unterstützung der betroffenen Kommunen bei der Kompensation drohenden Steuerausfälle auf Grund der Brückensperrung sicherzustellen.
- einen Sonderfonds zur Instandsetzung der durch die zusätzlichen Verkehre beschädigten Infrastruktur der Kommunen einzurichten.
- sicherzustellen, dass beschädigte Landesstraßen direkt nach Ende der Sperrung saniert werden.
- die Kommunen bei der Aufrechterhaltung aller Bereiche der Daseinsvorsorge z.B. bei Polizei und Feuerwehr zu unterstützen, um beispielsweise die Ausrückzeiten entsprechend des Brandschutzbedarfsplans sicherzustellen.
- die betroffenen Kommunen bei der überregionalen Umleitung von Schwerlastverkehr mit Ausnahme von Ziel- und Quellverkehren zu unterstützen.
- die zuständigen Verkehrsunternehmen bei der Bereitstellung von Nahverkehrsangeboten zu unterstützen.
- ein Koordinierungsbüro als regionale Anlaufstelle für sämtliche Fragestellungen einzurichten.
- einen engen Austausch mit lokalen Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Verwaltung zur Schaffung von stetiger Transparenz zu gewährleisten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
André Stinka
Carsten Löcker
Gordan Dudas
Angela Lück
Falk Heinrichs

und Fraktion